



**Der Deckel  
muss weg!**

ver.di

# Wir bewegen was: 130.000 demonstrieren in Berlin

Größte Krankenhausdemo in der Geschichte der Bundesrepublik



**Der Druck auf die Politik wächst**



Gesundheit, Soziale Dienste,  
Wohlfahrt und Kirchen

Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

# Gemeinsam geht es weiter!

130.000 Menschen sind zum Brandenburger Tor gekommen. Ihre Botschaft an die Politik: »Der Deckel muss weg!« Der Deckel auf den Budgets der Krankenhäuser – mitverantwortlich für den Abbau von 100.000 Stellen im Krankenhaus, mehr als 50.000 davon in der Pflege. Viele sind zum ersten Mal auf einer Demonstration. Auffallend viele Auszubildende: »Ich will meinen Beruf möglichst lange machen. Und dafür brauche ich ordentliche Arbeitsbedingungen. Dafür stehe ich heute hier«, sagt eine im ersten Ausbildungsjahr.



Alle spüren die Solidarität, die Kraft, die diese große Gemeinschaft hat. ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske: »Das hat es so noch nicht gegeben; Krankenhaus-Direktoren, Gewerkschafter, Pflegerat und Bundesärztekammer, die Spitzenverbände der Krankenhausträger, wie der Deutsche Städtetag und der Deutsche Landkreistag dazu die Deutsche Krankenhausgesellschaft, die alle Krankenhäuser vertritt, die öffentlichen genauso wie die kirchlichen, freigemeinnützigen und privaten – gemeinsam in einem Bündnis.«

## Zum Handeln gezwungen

Im Frühjahr nahm die Bundesregierung die Probleme der Krankenhäuser noch nicht ernst. Im Mai dann versprach Ulla Schmidt als erste mehr Stellen und finanzielle Hilfen für die Krankenhäuser. Bundestagsabgeordnete machten Praktika in den Kliniken. Deren Urteil war eindeutig: Die Grenze der Arbeitsbelastung ist überschritten. Es muss etwas geschehen.

Vor Wochen waren Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Bundesländer gegen eine Lösung. Vielleicht etwas Kosmetik – mehr sollte es nicht sein. Aber der Druck der vielen Aktionen und die angekündigte Großdemonstration des Bündnisses zur Rettung der Krankenhäuser haben zum Handeln gezwungen. Der erste Schritt ist gemacht. Einen Tag vor der Kundgebung am Branden-

burger Tor hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf eingebracht. Der ist aber nicht ausreichend.

## Reaktion der Bundesregierung

Die 130.000 Demonstrantinnen und Demonstranten fordern, dass der Gesetzentwurf aufgestockt wird. Was sagt die Bundeskanzlerin zur Demonstration? Sie hält sich raus, Krankenhäuser gehen sie nichts an. Die Bundesgesundheitsministerin reagiert kurz angebunden: Mehr als 3 Mrd. Euro gibt es nicht, und damit basta. Der Ruf vor dem Brandenburger Tor: »Der Deckel muss weg – mehr Personal ins Krankenhaus« wird so schnell nicht verstummen.

- Wir verlangen von Angela Merkel und der Bundesregierung bessere Krankenversorgung und Arbeitsbedingungen.
- Wir fordern von den Bundesländern, dass sie die Investitionen wieder auf gesetzestreuem Niveau bringen.
- Wir erwarten von Ulla Schmidt, dass Krankenhäuser verlässlich finanziert werden.

Die Ministerin hat mit ihrem Gesetzentwurf einiges in die richtige Richtung bewegen können. Es muss aber besser werden. Die Berliner Demo zeigt: Den Beschäftigten ist es verdammt ernst. Wenn das Gesetz die Probleme nicht löst, wird der Konflikt um





die Personalausstattung weiter gehen. Das werden die Politiker im Bundestagswahlkampf spüren und in den Krankenhäusern werden Konflikte um die personelle Besetzung der Stationen und Bereiche schärfer werden.

### Das steht im Gesetzentwurf

Die Krankenhäuser sollen im nächsten Jahr 3,2 Mrd. Euro mehr bekommen. Einige Beträge erhalten sie bereits nach geltendem Recht. Das sind

- rund 1 Mrd. Euro, die den Krankenhäusern aufgrund der Budgetsteigerung von 1,41 Prozent zustehen,
- 200 Mio. Euro um die Einnahmen bei der Behandlung von Beamtinnen und Beamten und Privatpatienten zu steigern
- 230 Mio. Euro, die durch den Wegfall des sogenannten Sanierungsbeitrags für die Krankenkassen frei werden.

Mit dem neuen Gesetz werden

- 1,35 Mrd. Euro zusätzlich für die anteilige Tariflohnerhöhung der Jahre 2008 und 2009 zur Verfügung gestellt,
- 220 Mio. Euro gibt es jeweils für 2009, 2010 und 2011 für das Förderprogramm zur Verbesserung der Situation des Pflegepersonals

- 60 Mio. Euro gibt es für die Psychiatrischen Krankenhäuser durch Verbesserung bei der Personalbemessung und
- 150 Mio. Euro für Praxisanleitung in der Ausbildung

Aber: Den Krankenhäusern fehlen schon jetzt 6,7 Mrd. Euro. Die brauchen Sie auch, denn gute Leistung muss bezahlt werden.

### Orientierungsverfahren soll den Deckel ersetzen

2010 soll ein neuer Orientierungswert des Statistischen Bundesamtes, eine Art Warenkorb für die Krankenhäuser, die strikte Budgetierung ablösen. Der Name »Orientierungswert« ist bewusst gewählt. Denn die Bundesregierung kann Jahr für Jahr entscheiden, wieviel vom Orientierungswert sie den Krankenhäusern tatsächlich gibt. Damit ist der Deckel nicht weg. Er wird nur etwas gelüftet.





# Die Kampagne geht weiter

## Keine Planungssicherheit

Die Krankenhäuser können zwar hoffen, dass beim Orientierungsverfahren etwas mehr rüberkommt als unterm Deckel heute. Doch sicher ist das nicht. Sicher ist nur, dass sie keine Planungssicherheit erhalten.

Und auch die Länder, zuständig für die Krankenhausinvestitionen, haben für sich bis 2012 eine Schonfrist durchgesetzt. Schon heute können 17.000 Stellen nicht besetzt werden, weil Krankenhäuser aus ihrem engen Budget sogar noch für Investitionen zahlen müssen. Und ob das ab 2012 anders wird, ist unsicher.

## Wir lassen nicht locker

Jede Stimme zählt! Wir lassen nicht locker. Wir erwarten von den Abgeordneten, dass sie diesen Gesetzentwurf korrigieren und nicht abnicken. Das bedeutet: Gleich nach der Demonstration geht es in den Regionen weiter. Wir werden den Druck auf die Bundestagsabgeordneten und Landesregierungen verstärken nach dem Motto: »Jede Stimme zählt.« Jede und jeder Abgeordnete muss sich entscheiden:

- Für oder gegen die Krankenhäuser,
- für oder gegen die Bedürfnisse von einer Million Beschäftigten,
- für oder gegen die Interessen von 17 Millionen Patientinnen und Patienten, die jedes Jahr in Krankenhäuser müssen.

Die Beschäftigten in den Krankenhäusern haben Gewicht. Das haben sie am Brandenburger Tor gezeigt. Sie erwarten jetzt von ihren Bundestagsabgeordneten, dass sie den angekündigten Gesetzentwurf im Sinne der Patientinnen, Patienten und Beschäftigten verbessern. Es muss mehr Personal in die Krankenhäuser und das muss auch bezahlt werden.

**Wir wollen keine Löcher im Deckel.  
Wir wollen, dass der Deckel weg kommt.  
Und zwar dauerhaft!**



[www.der-deckel-muss-weg.verdi.de](http://www.der-deckel-muss-weg.verdi.de)  
[www.krankenhaus-sorgen.de](http://www.krankenhaus-sorgen.de)  
[www.mitgliedwerden.verdi.de](http://www.mitgliedwerden.verdi.de)

**Mitmachen in einer starken und durchsetzungsfähigen Gewerkschaft!**

08 - 2008

## Der neue Personalrat ist im Amt

### **Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

am 1. Juli 2008 hat der neu gewählte Personalrat seine Arbeit für die nächsten vier Jahre aufgenommen. Anbei erhalten Sie eine Liste mit allen Personalratsmitgliedern, und wie Sie sie erreichen können. Im Personalratsbüro sind nach wie vor Alexandra Willer, Stephan Gastmeier, Sven Musolff und Marco Danowski sowie Frau Müller und Frau Rechner im Sekretariat Montag bis Freitag von 8-16 Uhr zu erreichen.

Anfang August hat der Personalrat zwei Tage lang im Rahmen einer Tagung seine Arbeitsschwerpunkte festgelegt. Nahezu alle Themen sind „Klassiker“, die uns schon seit Jahren beschäftigen wie z.B.: Mobbing, Arbeitsschutz, Sucht, Tarifumsetzung, (Kamera-) Überwachung, Öffentlichkeitsarbeit, Gesundheitsmanagement, Privatisierungen, Frauen- und Gleichstellungspolitik, Migration, Arbeitszeiten, Überstundenentwicklung, Ausbildung, Umweltschutz und diverse pflegespezifische Themen.

Wir werden Sie weiterhin mittels der monatlich erscheinenden Rundmail über die Weiterentwicklung der Themen auf dem Laufenden halten. Außerdem werden wir das mehrseitige, ausführliche PR-Info auch weiterhin erstellen. Viele Informationen finden Sie auch auf unserer Internetseite.

Nun noch einige Worte zur Wahlanfechtung. Bei der Personalratswahl unterscheidet man zwischen Wahlberechtigten (Beschäftigte, die wählen dürfen) und Regelbeschäftigten (Beschäftigte, die in der Regel im Uniklinikum arbeiten, z.B. DRK-Schwestern und PSG - Beschäftigte, die aber nicht beim Uniklinikum angestellt und nicht wahlberechtigt sind).

Über die Anzahl der Wahlberechtigten sind sich Uniklinikum und Wahlvorstand einig. Alle Kolleginnen und Kollegen, die das Uniklinikum dem Wahlvorstand als wahlberechtigt gemeldet hat, sind zur Wahl eingeladen worden.

Unstimmigkeit besteht aber bei der Anzahl der Regelbeschäftigten. Die Anzahl der Regelbeschäftigten bestimmt die Größe des Personalrats und die Anzahl der von der regulären Arbeit freigestellten PR-Mitglieder.

Die Gerichte werden nun feststellen müssen, ob der Wahlvorstand die Größe des Personalratsgremiums richtig festgelegt hat. Sollte das Uniklinikum Recht bekommen, müsste die gesamte Wahl wiederholt werden. Falls nicht, bleibt der neue Personalrat bis zum Sommer 2012 im Amt.

### **Der Personalrat ist aber trotz der Wahlanfechtung mit allen Rechten im Amt. Das wird auch vom Uniklinikum nicht bestritten.**

Wir hoffen, dass wir Ihnen in den nächsten vier Jahren bei Ihren Fragen helfen können und freuen uns immer über Anregungen und Verbesserungsvorschläge.

# Ordentliche Personalratsmitglieder



Alexandra Willer  
Krankenschwester  
Vorsitzende  
Liste - ver.di  
Fon 0201/723 3450  
alexandra.willer@uk-essen.de



Stephan Gastmeier  
Krankenpfleger  
1. stellv. Vorsitzender  
Liste - ver.di  
Fon 0201/723 2729  
stephan.gastmeier@uk-essen.de



Sven Musolff  
Krankenpfleger  
2. stellv. Vorsitzender  
Liste - ver.di  
Fon 0201/723 2191  
sven.musolff@uk-essen.de



Marco Danowski  
Maurer  
Liste - ver.di  
Fon 0201/723 2192  
marco.danowski@uk-essen.de



Jörg Krauß  
Krankenpfleger  
Liste - ver.di  
Fon 0201/723 3805  
joerg.krauss@uk-essen.de  
außerordentl. Mitglied

ohne Bild

Marco Baguet  
Verwaltungsangestellter  
Liste - VdLA  
Fon 0201/723 2878  
marco.baguet@uk-essen.de

ohne Bild



Karin Claßen  
Verwaltungsangestellte  
Liste - ver.di  
Fon 0201/723 2091  
karin.classen@uk-essen.de



Bernd Emde  
Heizungsmonteur  
Liste - ver.di  
Fon 0201/723 85404  
bernd.emde@uk-essen.de



Uwe Kaspers  
Transportarbeiter  
Liste - ver.di  
Fon 0201/723 3450  
uwe.kaspers@uk-essen.de



Dave Kittel  
Fotograf  
Liste - ver.di  
Fon 0201/723 85868  
detlef.kittel@uk-essen.de



Hartwig Martens  
Krankenpfleger  
Liste - ver.di  
Fon 0201/723 5385  
hartwig.martens@uk-essen.de



Andrea Schieche  
Fotolaborantin  
Liste - ver.di  
Fon 0201/723 4455  
andrea.schieche@uk-essen.de



Wolfgang Schirsching  
Lehrer für Pflege  
Liste - gemeinsam für Alle  
Fon 0201/723 2824  
wolfgang.schirsching@uk-essen.de



Marcus Schmenk  
Gas- und Wasserinstallateur  
Liste - ver.di  
Fon 0201/723 85303  
marcus.schmenk@uk-essen.de



Cornelia Swillus-Knöchel  
Med. Dok. Assistentin  
Liste - ver.di  
Fon 0201/723 5839  
cornelia.swillus-knoechel@uk-essen.de

ohne Bild

Patrick Theis  
Verwaltungsangestellter  
Liste - VdLA  
Fon 0201/723 5133  
patrick.theis@uk-essen.de



Mechthild Zimmermann  
Arzthelferin  
Liste - gemeinsam für Alle  
Fon 0201/723 2768  
mechthild.zimmermann@uk-essen.de

**Personalrat**  
**Verwaltungsgebäude**  
**Tel: +49 (0)201/723-3410**  
**Fax: +49 (0)201/723-5621**  
**e-mail: personalrat@uk-essen.de**

[www.uk-essen.de/personalrat](http://www.uk-essen.de/personalrat)



# tief durchatmen



Die  
Betriebsgruppe an der  
Ruhlandklinik informiert

- 06. Oktober 2008 -



: wir wollen endlich Klarheit über die Entwicklung  
der Ruhlandklinik



: wir wollen endlich Klarheit über die Sicherung der  
Interessen und Rechte der Beschäftigten



: wir wollen endlich Klarheit über den Erhalt  
unserer Arbeitsplätze und Arbeitsverträge

**Wir brauchen eine zuverlässige Tarifbindung!**



: wir wollen Klarheit, dass die feste  
Tarifbindung wirklich kommt.



## **: Tarifbindung unverzichtbar!**

Fest steht: die DRV Rheinland will die Ruhrlandklinik mit den ca. 340 Beschäftigten los werden. Die Ruhrlandklinik soll 100%ige Tochter des UK-Essen werden. Wie das genau gehen soll, steht offenbar noch nicht fest. Es gibt unterschiedliche Modelle; gute, weniger gute und schlechte.



Für ist entscheidend, dass die Interessen und Rechte der Beschäftigten gesichert werden. Die Beschäftigten brauchen eine feste, zuverlässige Tarifbindung und eine tarifvertraglich geregelte Überleitung von der Rentenversicherung in die geplante „neue Ruhrlandklinik“.



Hierzu hat im Frühjahr über 250 Unterschriften gesammelt und in Gesprächen mit dem Vorstand und der Geschäftsführung der DRV Rheinland klargestellt, dass die Rechte und Arbeitsverträge der Beschäftigten durch eine solide Tarifbindung gesichert werden müssen.

## **Was passiert ohne Tarifbindung?**

Ein Betriebsübergang ohne Tarifbindung und ohne tarifliche Regelungen wird nach § 613a BGB durchgeführt. Der sichert die Beschäftigten zunächst für 1 Jahr ab – was kommt danach?

- **Kürzung des Urlaubs auf 20 Tage?**
- **Wegfall der Jahressonderzahlung?**
- **Längere Arbeitszeiten?**
- **Wegfall der Zusatzrente VBL?**
- **Schlechtere, kürzere Kündigungsfristen?**
- **Betriebsbedingte Kündigungen?**
- **Absenkung der Löhne und Gehälter?**
- **Niedriglöhne von 7,-- €, 8,-- € oder 9,-- €?**
- **Abkopplung von zukünftigen Tarifabschlüssen?**

Wir wollen keine Panik machen. Aber das UK-Essen hat schon vor 2 Jahren eigene Personal-Service-Gesellschaften gegründet. Und die Beschäftigten in einer solchen PSG haben Verträge mit solchen schlechten Bedingungen.

## **Drohen solche Verschlechterungen nun auch den Beschäftigten der Ruhrlandklinik?**



Um das zu verhindern, brauchen wir die Bindung an einen Tarifvertrag mit gleichen Inhalten und gleichen Regelungen wie in unserem bisherigen TV-TgDRV. Und wir brauchen eine tarifvertraglich geregelte Überleitung zum UK-Essen.


 **: Nur mit einem Tarifvertrag können Nachteile für die Beschäftigten ausgeschlossen werden.**


 **: Nur mit einem Tarifvertrag können Interessen und Rechte der Beschäftigten gesichert werden:**

- **Kein Absenken der Löhne und Gehälter!**
- **Genauso viel Urlaub wie bisher!**
- **Erhalt der Jahressonderzahlung!**
- **Bestand der Arbeitsverträge!**
- **Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen!**
- **Keine Verlängerung der Arbeitszeit!**
- **Weiterhin Zusatzrente bei der VBL oder ZVK!**
- **Sicherung des Standortes und der Arbeitsplätze!**
- **Teilhabe an Tarifabschlüssen in der Zukunft!**

Für die Beschäftigten der „neuen Ruhrlandklinik“ muss eine zuverlässige Tarifbindung vereinbart werden. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, diese Tarifbindung und Tarifsicherung zu erreichen:

- Volle Integrierung der Ruhrlandklinik in das UK-Essen, in die Anstalt öffentlichen Rechts mit 100%iger Bindung an den Tarifvertrag der Länder TdL.
- Gründung einer GmbH und Vollmitgliedschaft in einem tarifgebundenen Arbeitsgeberverband – entweder dem Verband der Länder oder der Kommunen

 hatte die Integrierung in die Anstalt öffentlichen Rechts vorgeschlagen und favorisiert dies nach wie vor. Das UK-Essen lehnt die Integrierung in die Anstalt öffentlichen Rechts aber ab. Warum wohl...?

 **fordert: Feste Tarifbindung für die Beschäftigten der „neuen Ruhrlandklinik“! 100%ige Integrierung in die Anstalt öffentlichen Rechts oder Vollmitgliedschaft einer „Ruhrlandklinik-GmbH“ in einem Arbeitgeberverband – Land oder Kommune - mit direkter Tarifbindung!**

Ende Oktober sollen im Aufsichtsrat des UK-Essen und im Vorstand der DRV-Rheinland weitere Beschlüsse zur Zukunft der Ruhrlandklinik gefasst werden. Somit auch zur Zukunft der Beschäftigten und deren Arbeitsbedingungen.

Anfang November wird es eine Personalversammlung in der Ruhrlandklinik geben. Dann sollen die Beschäftigten über die weitere Entwicklung informiert werden. Hier können Sie ihre Fragen stellen und Ihre Meinung äußern.

 **appelliert an alle Beschäftigte:**

- **Beteiligen Sie sich an der Diskussion über die Entwicklung der Ruhrlandklinik!**
- **Es geht um Ihren Arbeitsplatz.**
- **Es geht um Ihre Arbeitsbedingungen.**
- **Es geht um Ihre Zukunft.**
- **Kommen Sie zur Personalversammlung!**

 **wird seine Vorstellungen und die Interessen der Beschäftigten vorbringen und vertreten:**

- **Wir brauchen die Tarifbindung und Tarifsicherung!**
- **Um das zu erreichen, müssen wir aktiv bleiben.**
- **Hierzu brauchen wir eine starke Gewerkschaft.**
- **Deshalb: werden Sie Mitglied in ver.di –  
damit wir unser gemeinsames Ziel erreichen!**

